



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 24.03.2015
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg.e Angela van Beek	
Abg.e Doris Brandt	Vertretung für Abgeordnete Hedda Braunsburger
Abg. Reinhard Bussenius	
Abg. Erich Gajdzik	Vertretung für Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen
<u>Abg.e Ute Gudella-de Graaf</u>	
Abg. Dr. Heinz-Hermann Holsten	Anwesend ab 14:41 Uhr
Abg. Volker Kullik	
Abg. Helmut Ringe	
Abg.e Thea Tomforde	Anwesend ab 14:37 Uhr

Ausschussmitglieder

Herr Helmut Hannemann
Frau Elke Motzkau
Frau Hella Rosenbrock
Herr Helmut Sündermann
Frau Bianca Volckmer

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Christa Hillebrand	
Frau Birgit Martens	
Herr Thomas Morick	
Frau Sabine Ostermann	Anwesend ab 14:34 Uhr
Frau Karin Ritter	

Verwaltung

KVD`in Imke Colshorn
Herr Michael Peters
Herr Dirk Vogel
Frau Sandra Schmidt
Herr Michael Judith

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg.e Hedda Braunschur
Abg. Jan-Christoph Oetjen

Ausschussmitglieder

Frau Bettina Michaelen
Frau Sabine Schwiebert

Vertretung für Frau Sabine Schwiebert

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Benjamin Haase
Frau Inga Kolaschnik
Frau Renate Kreiling
Frau Katharina Merklein
Frau Ute Pommerien
Herr Hüseyin Sarigül
Frau Sandra Theus

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.11.2014
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Jugendhilfeplanung; hier: Leistungsstatistik 2014
Vorlage: 2011-16/1024
- 6 Bericht über das Konzept "Frühe Hilfen"
Vorlage: 2011-16/1025
- 7 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzende **Gudella-de Graaf** eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr, begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie einige Pressevertreter und Zuhörer. Die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Der Ausschuss ist mit anfangs 12 stimmberechtigten Mitgliedern (von insgesamt 15) beschlussfähig. Die Abg. Dr. Holsten und Tomforde sowie Frau Ostermann (beratendes Mitglied) kommen mit wenigen Minuten Verspätung zur Sitzung (siehe Anwesenheitsliste). Ab TOP 4 sind somit 14 Stimmberechtigte anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung, so dass diese einstimmig in der mit der Einladung verschickten Reihenfolge festgestellt wird.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.11.2014**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.11.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

a) KVD'in **Colshorn** stellt sich als Nachfolgerin von KVD Pragal als Leiterin des Dezernats III beim Landkreis Rotenburg (Wümme) vor.

b) Sie berichtet über das jährliche Treffen der Präventionsräte am 24.02.2015, bei dem auch die Polizeiinspektion Rotenburg beteiligt gewesen sei. Von der Kreisverwaltung hätten Frau Ritter und Frau Martens sowie sie selbst teilgenommen.

Die Vertreter/innen der Präventionsräte hätten jeweils über den aktuellen Sachstand und ihre laufenden Projekte berichtet. Insgesamt habe sich ein eher gemischtes Bild gezeigt. Bei einigen habe sich die Präventionsarbeit sehr gut in die Netzwerkarbeit vor Ort integriert und es liefen erfolgreich Projekte und Aktionen, die durch das Engagement vieler Ehrenamtlicher vor Ort getragen würden. Andere hätten erwähnt, dass es zunehmend schwieriger werde, Menschen zu finden, die bereit seien, sich für die Arbeit in den Präventionsräten zu engagieren. Der jährliche Erfahrungsaustausch wurde von allen positiv bewertet, da er die Möglichkeit biete, Anregungen aus anderen Kommunen aufzugreifen.

c) KVD'in **Colshorn** berichtet, dass durch Vereinbarungen zwischen dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe und allen Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, sichergestellt werden solle, dass der gesetzliche Schutzauftrag ausreichend wahrgenommen und umgesetzt werde (§ 8 a Abs. 4 SGB VIII).

Für den Bereich Jugendarbeit seien insgesamt 51 Vereinbarungen versendet worden. Davon seien bisher 48 Vereinbarungen unterschrieben zurückgekommen. Im Bereich Kita seien insgesamt 53 Vereinbarungen versendet worden, davon seien bereits 47 Vereinbarungen unterschrieben zurückgekommen.

Für die Träger der Jugendarbeit habe dazu eine Informationsveranstaltung stattgefunden. Entsprechende Schulungen für alle Kita-Leitungskräfte sowie für deren Stellvertretungen liefen aktuell bis in den Juli hinein. Die Schulungen würden gut angenommen.

Des Weiteren würden für den Bereich der Hilfen zur Erziehung/Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und für den Bereich der Frühen Hilfen in Kürze entsprechende Vereinbarungen versendet werden.

d) Als letzten Punkt berichtet sie zur Ferienfreizeit, die das Jugendamt in der Zeit vom 24.07. bis 04.08.2015 für Kinder im Alter von 9 bis 13 Jahren in Friedrichskoog an der Nordseeküste Schleswig-Holsteins durchführen werde.

Aufgrund von kurzfristigen Ausfällen würden noch zwei Betreuer/innen gesucht. Sie sollten mindestens 18 Jahre alt sein, idealerweise im Besitz einer Jugendleitercard sein oder entsprechende Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit nachweisen können. Besonders geeignet seien Personen, die sich in einer pädagogischen Ausbildung befinden (Sozialassistent/in, Erzieher/in o. ä.). Die Tätigkeit könne auch als Praktikum bescheinigt werden. Es werde eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 200 € gezahlt.

Da die Vorbereitung der Freizeit zeitnah beginne, sollten sich Interessierte umgehend bei Frau Martens im Jugendamt melden (Tel. 04261/983-2535). Ein Flyer dazu läge aus.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Jugendhilfeplanung; hier: Leistungsstatistik 2014**
Vorlage: 2011-16/1024

Dipl.-Päd. / Dipl.-Psych. **Ritter** trägt im Rahmen der Jugendhilfeplanung die erbrachten Leistungen 2014 anhand verschiedener statistischer Daten vor. Diese sind der Niederschrift als Anlage angefügt.

Fragen zu einzelnen Folien werden von Frau Ritter während des Vortrags beantwortet. Umfassender wird über die Folien 7 bis 12 zu den Eingliederungshilfen (§ 35 a SGB VIII) diskutiert, insbesondere wie der starke Anstieg der Hilfen (Fallzahlen insgesamt und Kosten) erklärt werden könne und welche Maßnahmen gegensteuern könnten.

Abg. **Gajdzik** stellt eingangs die Frage nach den Gründen für eine solche Entwicklung. Abg. **Dr. Holsten** ist zudem daran interessiert, inwiefern man den Bedarfen der Betroffenen gerecht werden konnte. Abg. **Ringe** fragt nach Rückmeldungen zu Erfolgen der Hilfen.

Frau **Ritter** erläutert, dass der Anstieg in diesem Bereich ein bundes- und landesweiter Trend sei. Diese Hilfen seien bei festgestelltem Eingliederungshilfebedarf eine Pflichtleistung. Es gebe auch Ablehnungen, weil die Rechtstatbestände der Eingliederungshilfe nicht erfüllt seien. Ggf. hätten die betreffenden Kinder zwar einen Hilfebedarf, nicht jedoch im Rahmen der Eingliederungshilfe.

Inwiefern Erfolge erzielt würden, ließe sich bei dieser Hilfeart nur schwer messen. Ziel der Jugendhilfe sei die Linderung der Teilhabebeeinträchtigungen, nicht die Heilung einer psychischen Störung.

Abg. **Kullik** hakt hinsichtlich der Frage des Abg. Gajdzik nach dem gesellschaftlichen Hintergrund für diese Entwicklung ein und fragt, ob es Landkreise gebe, bei denen durch eine gewisse Strategie eventuell bereits Erfolge erzielt worden seien.

Frau **Ritter** antwortet, dass ihr dieses nicht bekannt sei. Es sei eine künftige Aufgabe, sich diesem Thema intensiv zu widmen. Es gelte – auch gemeinsam mit den Schulen – Konzepte zur Umsetzung der Inklusion zu entwickeln. So hätten die vorgestellten Daten gezeigt, dass mit der Einführung der Inklusion in den Schulen die Fallzahlen bzgl. der Förderbeschulung im Bereich der Jugendhilfe angestiegen seien.

Herr **Morick** kommt im Weiteren auf den Kita-Bereich zu sprechen. Auch dort gebe es bereits deutliche Probleme mit einigen Kindern mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten, die dann im Grunde eine ganze Gruppe „sprengen“ können. Es zeige sich, dass leider einige Eltern schlicht überfordert seien und zum Teil auch Ratschläge aus Beratungsgesprächen nicht annehmen würden.

Abg. **D. Brandt** bekräftigt, ähnliches von einigen Erzieherinnen in Kindergärten gehört zu haben. Sie fragt an, ob in der Statistik auch die Schulassistenz enthalten sei.

Hierzu teilt Frau **Ritter** mit, dass sich die vorgestellte Statistik ausschließlich auf Maßnahmen der Jugendhilfe beziehe und keine Schulassistenz für geistig/körperlich behinderte Kinder umfasse.

Kinder im Kita-Alter erhielten i. d. R. Eingliederungshilfe nach SGB XII und besuchten einen heilpädagogischen Kindergarten, da sich die Behinderung auf alle Bereiche auswirke. Bei sehr jungen Kindern sei eine psychische Störung nur schwer zu diagnostizieren. Im Jugendhilfebereich gäbe es nur ca. 2 bis 3 Fälle von seelisch behinderten Kindern im Kita-Alter.

Abg. **Gajdzik** kommt noch einmal darauf zu sprechen, dass ihn die konkreten Ursachen für diese Entwicklung interessieren würden.

Frau **Ritter** sieht die Ursache in mehreren Faktoren. Ein Aspekt sei, dass Krankenkassen bestimmte Therapien nicht übernehmen würden – z. B. Autismustherapie oder Behandlung von Legasthenie/Dyskalkulie. Hier sei das Jugendamt „Ausfallbürge“, weil sich nach längerer Zeit unterlassener Förderung und Behandlung oft seelische Störungen mit Teilhabebeeinträchtigungen einstellen würden und dann die Jugendhilfe in der Pflicht stehe. Zudem seien mit der Einführung der Inklusion in den Schulen die Eingliederungshilfeleistungen im ambulanten Bereich angestiegen.

Abg. **D. Brandt** erklärt den Anstieg u. a. auch damit, dass sich eine gewisse Sensibilisierung in der Gesellschaft für derartige Problemlagen entwickelt habe. Aus eigener Kenntnis wisse sie, dass es vor etlichen Jahren erheblich schwieriger gewesen sei, Hilfen zu erhalten. Inzwischen habe man erkannt, dass auch in der Entwicklung oder Teilhabe am Leben eingeschränkte Kinder mit entsprechender Förderung vieles erreichen könnten.

Einigkeit besteht im Ausschuss darüber, dass die Entwicklung in diesem Bereich im Auge zu behalten sei und geeignete Instrumente zur Gegensteuerung zu entwickeln seien.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Bericht über das Konzept "Frühe Hilfen"**
Vorlage: 2011-16/1025

Frau **Schmidt** – Leitung des Sachgebietes Kindertagesstätten, Tagespflege und Frühe Hilfen – und Herr **Peters** – Jugendhilfeplaner – erläutern das Gesamtkonzept der „Frühen Hilfen“ mit seinen Bestandteilen. Die Begleitfolien zum Vortrag sind als Anlage beigefügt.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. **van Beek** möchte von der Verwaltung wissen, ob die derzeitige vorläufige Haushaltsführung wegen des noch nicht genehmigten Haushaltes 2015 Auswirkungen im Bereich der Jugendhilfe habe.

KVD'in **Colshorn** teilt dazu mit, dass dieses überwiegend nicht der Fall sei, da fast alle Hilfen den Bereich der Pflichtleistungen betreffen. Nur bei freiwilligen Leistungen seien Einschränkungen hinzunehmen. Dort können derzeit Auszahlungen in der Regel nicht erfolgen, wie z. B. bei den in der letzten Ausschusssitzung beschlossenen freiwilligen Zuschüssen nach den Verwaltungshandreichungen.

Frau **Ritter** ergänzt, dass soweit erforderlich und angefragt der vorzeitige Maßnahmebeginn bei allen Förderanträgen nach der Verwaltungshandreichung 5.15 und einigen weiteren nach der Verwaltungshandreichung 5.4. erklärt worden sei, so dass die Maßnahmen schon beginnen könnten. Zur Auszahlung kämen die hiesigen Zuschüsse derzeit noch nicht. Die Bewilligungsbescheide warteten bildlich gesprochen in der Schublade auf die Genehmigung des Haushalts.

Vorsitzende **Gudella-de Graaf** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Gudella-de Graaf
Vorsitzende

gez. Colshorn
Dezernentin

gez. Judith
Protokollführer